

Rundbrief Nr. 2/2012

vom 14.05.2012

Ganz schön überrascht wurden wir von der Entscheidung der saarländischen Regierung bzw. der Ministerpräsidentin, die Jamaika-Koalition zu beenden, noch mehr überrascht wurden wir dann auch von der Entscheidung, die Koalitionsverhandlungen für gescheitert zu erklären und Neuwahlen auszuschreiben. Wir hatten gerade in einem offenen Brief an die Ministerpräsidentin und den SPD-Vorsitzenden Heiko Maas unsere Erwartungen formuliert. Diese sind nach wie vor gültig, so dass wir den Offenen Brief in unserer Homepage zur Verfügung stellen. www.projekt-saarland.de/index.php/EigeneStellungnahmen

Immer wieder werden wir auch überrascht von der Oberflächlichkeit – oder ist es Absicht? – der Präsentation und Interpretation von Statistiken durch die Bundesregierung, hier in Sonderheit des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Am 3. Januar berichtete die Saarbrücker Zeitung: „Der Konjunkturaufschwung hat den deutschen Arbeitsmarkt beflügelt und die Erwerbstätigkeit auf einen neuen Höchststand katapultiert“, immerhin auf 41,04 Millionen, 535.000 mehr als im Vorjahr. Aber am 16.12.2011 konnte man in derselben Saarbrücker Zeitung von einem Bericht des IAB in Nürnberg lesen, wonach die Zahl der Vollzeit-Jobs weiter zurückgeht. Das Arbeitsvolumen, also die Gesamtstundenzahl geleisteter und bezahlter Erwerbsarbeit ging in den letzten 20 Jahren kontinuierlich zurück. Bei der Umwandlung in Vollzeitäquivalente liegt die Zahl der Erwerbsarbeitsplätze bei 32,2 Millionen, und damit dicht an der Zahl, die wir für unser projekt-saarland zugrundegelegt hatten. Siehe im einzelnen den Leserbrief, den die SZ leider bisher nicht veröffentlicht hat. www.projekt-saarland.de/index.php/Pressespiegel

Gleich ein paar Tage später kommt die Meldung, dass die Kinderarmut in Deutschland zurückgehe. Basis ist die Meldung, dass die Zahl der Kinder, die auf Hartz IV angewiesen sind, deutlich zurückgegangen sei. Seit Ende 2005, dem Jahr der Einführung der Hartz-IV-Regelungen, ist die Zahl der unter 15-jährigen mit Anspruch auf die staatliche Grundversicherung um rund 183.000 auf 1,64 Millionen gesunken. Nun weisen Experten darauf hin, dass 2005 auch ein Kinderzuschlag eingeführt wurde, der verhindern soll, dass Kinder überhaupt in den Hartz-IV-Bezug fallen. Anspruchsberechtigt dort sind 220.000 Kinder. Gleichzeitig wirkt sich natürlich hier auch die katastrophale demografische Entwicklung aus, pro Jahr im Schnitt 102.000 Kinder. Fazit: Keine Rede vom Rückgang der Kinderarmut, eher das Gegenteil.

Überhaupt die Demografie. Am 31. Januar hielt in der UNION-Stiftung in Saarbrücken Professor Feld vom Eucken-Institut in Freiburg, Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, einen Vortrag zum Problem der Staatsverschuldung und der sogenannten Euro-Krise. Auf die akuten Probleme des Saarlandes angesprochen meinte er, das Saarland müsse konsequent im Sinne der Schuldenbremse sparen, und zwar 21 % der Primärausgaben, wie es auch die Zukunftsinitiative Saar zugrundelegt, es müsse die „demografische Rendite“ voll eingespart werden, also nicht, wie die Regierung immer noch meint, im Bildungssystem bleiben. Und es müsste vor allem Personal im öffentlichen Dienst eingespart werden.

„Demografische Rendite“ meint, dass durch weniger Nachwuchs auch weniger Kosten im Bildungssystem und in der öffentlichen Infrastruktur anfallen. Weniger Personal meint, dass weniger steuer- und sozialversicherungspflichtige Einkommen entstehen, dadurch auch weniger Wachstum und mehr Aufwand im Sozialbudget. Wie damit eine Entlastung in den öffentlichen Haushalten entstehen soll, bleibt wohl das Geheimnis des Herrn Professors, es sei denn, er würde seine angekündigten Effekte mit konkreten Zahlen belegen. Solange bleiben wir dabei, dass eine

arbeitslose Volkswirtschaft ihre ökonomischen Probleme nur durch mehr steuer- und sozialversicherungspflichtige Einkommen beseitigen kann und durch weniger Aufwand im Sozialbudget. Wir warten immer noch auf jemand, der uns einen Denk- oder Rechenfehler nachweisen kann.

Im übrigen sollte der Begriff „demografische Rendite“ aus dem Vokabular von Politik und Wissenschaft gestrichen werden, er ist menschenunwürdig.

„Projekt Saarland“ hat einige interessante Gespräche geführt. Mit dem Landesgeschäftsführer der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU des Saarlandes, dem Nohfelder Bürgermeister Andreas Veit, der uns in Aussicht gestellt hat, dass sich der Landesvorstand der KPV demnächst mit unserem Projekt befassen und uns dazu einladen wird.

Mit Herrn Cavellius vom Saarländischen Städte- und Gemeindegtag konnten wir ein sehr anregendes Gespräch führen über die möglichen Wirkungen unseres Projektes auf die Gemeindefinanzen. Es sind ja vorwiegend die Städte und Gemeinden, die oft die finanziellen Auswirkungen von Wohltaten der höheren politischen Ebenen ausbaden müssen, und es sind auch die Städte und Gemeinden, die über umlagefinanzierte Sozial-, Jugend- und Familienhilfe an die Gemeindeverbände den größten Teil ihrer finanziellen Möglichkeiten einsetzen müssen. Wenn unser Projekt auf der Einnahmenseite (Einkommen für Erziehung, Pflege, Bildung und Gesundheit sowie produktivitätsorientierte Löhne und Einkommen) zu einer Verdoppelung der Steuern führt, gleichzeitig die Ausgaben im Sozialbudget halbiert, dürfte für die meisten Gemeinden ihre Schuldenproblematik erledigt sein. Wir werden im nächsten Rundbrief auf dieses Thema näher eingehen.

Unsere Projektbeschreibung haben wir um einen Einführungstext ergänzt, der es leichter machen soll, das Ganze in ein Politikkonzept einzuordnen: <http://projekt-saarland.de/index.php/grundlagen> . Wir werden die Beschreibung in den nächsten Tagen auch als kleine Broschüre drucken, die dann bei mir angefordert werden kann.

Mettlach, den 06. Februar 2012

Ansprechpartner: Hans Ludwig